

Erklärung zum Elterneinkommen

für die Festsetzung des monatlichen Kostenbeitrages gemäß Elternbeitragsordnung

1. Familiendaten

DV-Nummer:

Erziehungsberechtigte(r) 1 (Name, Vorname)	Erziehungsberechtigte(r) 2 (Name, Vorname)
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	ggf. abweichende Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)
Telefon	
E-Mail	

Name, Vorname aufzunehmendes Kind 1.	Geb.-Datum	Geschlecht ☐ w / ☐ m / ☐ d
--	-------------------	---

Weitere im Haushalt lebende Kinder (Geschwister) mit Kindergeldanspruch (bei Kindern über 18 Jahren ist der Kindergeldbescheid in Kopie beizufügen)	
Name, Vorname	Geburtsdatum
2.	
3.	
4.	
5.	

2. Angaben zum Einkommen¹ – Alle Nachweise sind in Kopie beizufügen.
☐ **Ich/Wir zahlen freiwillig den Höchstbeitrag und verzichten auf die Angabe meiner/unserer Einkommensverhältnisse.**
Ich/Wir erhalten folgende Sozialtransferleistungen² (Zutreffendes ist anzukreuzen und der aktuelle Leistungsbescheid in Kopie beizufügen)

	Erziehungs- berechtigte(r) 1	Erziehungs- berechtigte(r) 2
Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II (Bürgergeld)	☐	☐
Leistungen nach dem dritten und vierten Kapitel des SGB XII (Sozialhilfe)	☐	☐
Leistungen nach den §§ 2 und 3 Asylbewerberleistungsgesetz	☐	☐
Kinderzuschlag gemäß § 6 a Bundeskindergeldgesetz	☐	☐
Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	☐	☐

¹ Für die Berechnung der Kostenbeiträge maßgeblich ist das Nettoeinkommen des vorangegangenen Kalenderjahres. Es sei denn, es wird im laufenden Kalenderjahr ein geringeres Einkommen nachgewiesen.

² Kinder sind vom Kostenbeitrag befreit, wenn sie oder die personensorgeberechtigten Elternteile benannte Leistungen erhalten.

Ich/Wir erzielen im vorangegangenen Kalenderjahr folgende Einkünfte (Zutreffendes ist anzukreuzen und entsprechende Nachweise sind in Kopie beizufügen)

	Erziehungs- berechtigte(r) 1	Erziehungs- berechtigte(r) 2
Nichtselbstständige Arbeit (Nachweis: Elektronische Lohnsteuerjahresbescheinigung, Steuerbescheid für das vorangegangene Kalenderjahr oder letzter vorliegender)	☐	☐
Selbstständige Arbeit/Gewerbebetrieb (Nachweis: Steuerbescheid, GuV, EÜR)	☐	☐
Vermietung und Verpachtung	☐	☐
Kapitalvermögen	☐	☐
Rente(n) (Witwen-, Alters-, Unfall-, Invaliden-, Erwerbsunfähigkeits-, Erwerbsminderungsrente usw.)	☐	☐
Sozialgesetzbuch III (Überbrückungsgeld, Arbeitslosengeld, Unterhaltsgeld, Übergangsgeld, Saison-Kurzarbeitergeld, Wintergeld, Winterausfallgeld, Konkursausfallgeld)	☐	☐
Sonstige Leistungen nach den Sozialgesetzen (Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Verletztengeld, Leistungen nach dem Wehrgesetz, Unterhaltsvor-schuss und sonstigen sozialen Gesetzen)	☐	☐
Elterngeld nach dem BEEG (ab einer Höhe von über 300,00 € pro Kind und Monat)	☐	☐
Unterhaltsleistungen (an den/die Kostenbeitragspflichtigen oder das betroffene Kind)	☐	☐
Sonstiges Einkünfte (z. B. Geringfügige Beschäftigung)	☐	☐

Ich/Wir machen folgende Abzüge vom Einkommen geltend (Zutreffendes ist anzukreuzen und mit Kopien nachzuweisen)

	Erziehungs- berechtigte(r) 1	Erziehungs- berechtigte(r) 2
Werbungskosten bei nicht selbständiger Tätigkeit (Pauschal 102,50 € mtl., höhere Werbungskosten müssen durch Einkommensteuerbescheid belegt werden)	☐	☐
Versicherungen (freiwillige Kranken-/Pflegeversicherung, Altersvorsorge, private Haft-, Hausratversicherung, Unfall-, Lebens-, Sterbeversicherung usw.)	☐	☐
Unterhaltszahlungen (an außerhalb des Haushaltes lebende Kinder/nachehelicher Unterhalt/Trennungsunterhalt)	☐	☐

Wir weisen darauf hin,

- dass alle Einkünfte vollständig benannt sowie alle wesentlichen Veränderungen in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen dem Träger unverzüglich und unaufgefordert mitgeteilt werden müssen.
- dass, wenn Sie keine Erklärung abgeben oder keine Unterlagen einreichen, der Höchstbeitrag festgesetzt wird.
- dass Ihre Angaben und eingereichten Unterlagen streng vertraulich behandelt werden und nur zur Berechnung des Elternbeitrages verwendet werden. Eine Weitergabe erfolgt nicht.

Ich/Wir versichere/versichern, dass die o. g. Angaben richtig und vollständig sind. Mir/uns ist bekannt, dass wissentlich falsche Angaben oder das vorsätzliche Verschweigen von rechtserheblichen Tatsachen im Sinne von § 236 StGB strafbar sind.

Datum

Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten